

Pressemitteilung

CDU Maintal für Begrenzung des Flüchtlingszustrom, um Maintal zu entlasten

„Das Thema Integration von Flüchtlingen wird weiterhin eine Herausforderung für uns bleiben“ stellt der CDU- Partei- und Faktionsvorsitzende Martin Fischer fest. Daher haben die Christdemokraten in ihrem Wahlprogramm auch klare Aussagen dazu getroffen. „Den konstruktiven Weg aller Parteien in Maintal gehen wir weiter. Wo geholfen werden muss, wird geholfen. Christliche Nächstenliebe gilt“, lauten die entsprechenden Sätze. Die Integration der anerkannten Asylbewerber solle durch gemeinsame Projekte von Wirtschaft, Gewerbe und Ehrenamt vorangetrieben werden. Insbesondere dem AK Asyl falle hier eine zentrale Rolle zu, die auch mit finanziellen Mitteln unterstützt werden soll.

Die CDU Maintal setzt sich aber auch dafür ein, dass die Möglichkeiten Maintals nicht überschätzt werden. Sie fordert eine stärkere Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Alle Möglichkeiten wie Sicherung der Schengen-Grenzen, Tageskontingente und Bekämpfung der Flüchtlingsursachen sollen von den politischen Institutionen auf Bundes- und Europaebene ausgeschöpft werden.

„Eine Planbarkeit und finanzielle Entlastung Maintals muss kommen, und zwar sofort“, formuliert der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wilfried Siegmund.“ Wir fordern, dass nur die Flüchtlinge auf die Gemeinden verteilt werden, die auch eine Bleibeperspektive haben. Wer diese nicht hat, sollte direkt an der Grenze abgewiesen werden“, führt er aus. Außerdem solle die Registrierung der Flüchtlinge in Zentren und Hotspots an den Schengen-Grenzen vorgenommen werden.

„Maintal braucht dringend eine Atempause,,“, so die Christdemokraten. Deshalb haben die Länder und der Bund die Aufgabe, den Kommunen die Kosten – die direkten und die indirekten – zu erstatten. Die Planbarkeit, zum Beispiel über flexible Tageskontingente, mache es den Kommunen leichter, ihre humanitäre Aufgabe zu erfüllen. „Und wir können unsere Kräfte auf die Integration konzentrierter und zielgerichteter einsetzen“, begründen die Christdemokraten ihre Forderung.